expertenReport

Commerzbank: Weidmann fordert UniCredit zu direkten Gesprächen auf

Dirk Stein

Der Übernahmekampf um die Commerzbank tritt in eine neue Phase ein. Aufsichtsratschef Jens Weidmann hat UniCredit-Chef Andrea Orcel öffentlich zu direkten Gesprächen aufgefordert. Hintergrund ist die veränderte Eigentümerstruktur: UniCredit hat sich nahezu die Hälfte der Commerzbank-Anteile gesichert und dürfte auf der kommenden Hauptversammlung erheblichen Einfluss ausüben.

Quelle: Klaus-Dietmar Gabbert wikipedia

> "Auch wenn wir es uns anders gewünscht hätten: Die Mehrheitsverhältnisse auf der nächsten Hauptversammlung sind klar",

so Weidmann gegenüber Reuters. Damit erkennt der Aufsichtsratschef an, dass sich die Auseinandersetzung von der politischen auf die unternehmerische Ebene verlagert hat. Jetzt müsse man "wie Erwachsene" die Eckpunkte für Mitarbeiter, Kunden und Aktionäre klären. Für Vermittlungsversuche über Berlin lasse die neue Eigentümerstruktur keinen Raum mehr.

Von der Abwehr zur Verhandlung

Mit dieser Aussage markiert Weidmann einen strategischen Kurswechsel. Nachdem Politik, Management und Arbeitnehmervertreter monatelang versucht hatten, eine vollständige Übernahme politisch und institutionell zu erschweren, erkennt der Aufsichtsratsvorsitzende nun die neue Realität der Eigentumsverhältnisse an.

Sein Hinweis auf direkte Gespräche signalisiert, dass sich der Konflikt von einer politischen Auseinandersetzung zu einer Frage der Corporate Governance entwickelt. Wer künftig die Strategie der Commerzbank prägt, wird nicht mehr in Berlin entschieden, sondern vor allem im Kreis der Anteilseigner.

Eigentum verschiebt die Verhandlungsmacht

Ökonomisch verändert sich damit die Ausgangslage grundlegend. Ein Anteil von nahezu 50 Prozent verleiht UniCredit zwar noch keine vollständige Kontrolle über die Bank, verschafft dem Institut aber erheblichen Einfluss auf Hauptversammlungen, Aufsichtsratsentscheidungen und strategische Weichenstellungen.

Weidmann trägt dieser Realität Rechnung. Statt den politischen Widerstand in den Mittelpunkt zu stellen, richtet er seinen Gesprächsaufruf unmittelbar an den größten Anteilseigner. Das unterstreicht, dass Eigentum am Kapitalmarkt letztlich die maßgebliche Verhandlungsmacht bestimmt.

Die Grenzen politischer Einflussnahme

Zugleich werden die Grenzen staatlicher Einflussmöglichkeiten sichtbar. UniCredit-Chef Andrea Orcel hatte zuvor Gespräche mit Bundesregierung und Betriebsrat angeboten. Beide verwiesen jedoch darauf, dass zunächst der Vorstand der Commerzbank der richtige Ansprechpartner sei.

Weidmann setzt nun einen anderen Akzent. Sein Vorstoß zeigt, dass die institutionellen Gremien der Bank den Dialog mit dem größten Investor nicht dauerhaft umgehen können. Die eigentlichen Verhandlungen werden sich daher um Standorte, Beschäftigung, Kapitalallokation und die künftige strategische Ausrichtung drehen.

Europäische Konsolidierung gewinnt an Dynamik

Der Fall Commerzbank steht exemplarisch für die fortschreitende Konsolidierung des europäischen Bankensektors. Steigende regulatorische Anforderungen, hohe Investitionen in Digitalisierung und der Druck auf die Profitabilität erhöhen den Anreiz für grenzüberschreitende Zusammenschlüsse.

Gleichzeitig verdeutlicht der Vorgang die ordnungspolitische Spannung zwischen nationalen industriepolitischen Interessen und einem integrierten europäischen Kapitalmarkt. Politische Vorbehalte verlieren an Wirkung, wenn sich die Eigentümerstruktur dauerhaft verschoben hat.

Der eigentliche Wendepunkt liegt deshalb weniger in Weidmanns Gesprächsangebot als in der Anerkennung einer neuen Machtordnung. Ist ein strategischer Investor in dieser Größenordnung beteiligt, verschiebt sich die Debatte zwangsläufig von der Frage, ob Einfluss ausgeübt wird, hin zu der Frage, wie dieser Einfluss die Zukunft der Bank gestaltet.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4951049/Commerzbank-Weidmann-fordert-UniCredit-zu-direkten-Gespraechen-auf/